

Analyse

Russlands dritter Präsident.

Die Neuordnung der politischen Führung unter Putin und Medwedjew

Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

Zusammenfassung

Am 7. und 8. Mai 2008 wurde mit Dmitrij Medwedjew als Präsident und Wladimir Putin als Ministerpräsident ein politisches Modell installiert, in dem zwei Personen sich die politische Führung teilen. Diese Nachfolgeregelung ist Ergebnis eines langen internen Diskussionsprozesses gewesen. Die Kombination eines unerprobten Präsidenten ohne eigene Hausmacht mit dem starken Mann Russlands als Ministerpräsident ist ein Novum in der russischen Politik, die bisher stets auf eine Einmannleitung angelegt war. Gewiss ergeben sich aus der Kombination eines schwachen Präsidenten mit einem starken Ministerpräsidenten in der Perspektive Probleme. Um diese zu minimieren ist vor allem eine klare Arbeitsteilung zwischen Präsident und Ministerpräsident und eine sorgfältige Ausbalancierung von Regierung und Präsidialapparat notwendig. Dies scheint auf den ersten Blick gelungen – wobei wohl die Vertreter der »Machtapparate« an Einfluss eingebüßt haben. Ob die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Präsident und Ministerpräsident, die sich bereits jetzt deutlich von der Praxis der letzten 16 Jahre unterscheidet, langfristige Folgen für die Fortentwicklung des politischen Systems hat, muss aber abgewartet werden.

Finale im Mai

Am 7. Mai 2008 wurde Dmitrij Anatoljewitsch Medwedjew, der dritte Präsident der Russischen Föderation, feierlich in sein Amt eingeführt. Am selben Tag nominierte er seinen Vorgänger, Wladimir Wladimirowitsch Putin als Ministerpräsidenten. Bereits am folgenden Tag bestätigte die Duma diese Entscheidung. Zwei Tage darauf, am 9. Mai wohnten Medwedjew und Putin in ihrer jeweiligen neuen Funktion der alljährlichen Parade zum »Tag des Sieges« auf dem Roten Platz bei. Mit dieser Abfolge von Festakten zelebrierte die russische Führung die Rochade in den politischen Führungämtern, die sechs Monate zuvor projiziert worden war. Dies war gewiss kein demokratischer Machtwechsel, aber doch eine wohlgeordnete Amtsübergabe. Zudem kann sich die neue Führungsspitze mit Putin und Medwedjew auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen, die sich sowohl in den Ergebnissen der Duma- und Präsidentenwahlen, wie auch in den positiven Umfragewerten niederschlug. Die russische Führung ist damit – ungeachtet demokratischer Defizite – gewissermaßen plebiszitär legitimiert.

Der lange Weg zur Regelung der Nachfolge

Die feierliche Amtsübergabe in der traditionellen Feiertagswoche zwischen dem »Mai-Feiertag« und dem »Tag des Sieges« schloss einen langwierigen politischen Prozess ab, in dem ein Nachfolgemodell entwickelt, mit den Eliten abgestimmt und der Gesellschaft vermittelt wurde. Die Frage, wer nach Putin das Präsi-

denamt übernehmen sollte, hatte dessen ganze zweite Amtszeit überschattet. Nach der Wiederwahl Putins 2004 wurde keine substantielle Reformpolitik mehr betrieben, obgleich zahlreiche Probleme – im Gesundheitswesen, bei der sozialen Sicherung, im Rechtswesen, im Wohnungsbau, im Bildungswesen, in den Streitkräften, im Infrastrukturbereich – in der ersten Amtszeit nicht gelöst worden waren. Die politische Klasse beschäftigte sich nun vor allem mit der Nachfolgefrage. Viele Gruppen und dem Vernehmen nach insbesondere die *silowiki* (die Vertreter der »Machtapparate«, d. h. des Militärs, der Dienste und der Sicherheitskräfte) setzten auf eine dritte Amtszeit für Putin. Dafür wäre allerdings eine Verfassungsänderung notwendig gewesen, die Putin selbst entschieden ablehnte. Indes wurden in den Medien eine ganze Reihe möglicher Kandidaten gehandelt. Am häufigsten genannt wurden der damalige Verteidigungsminister Sergej Iwanow und der Chef der Präsidialverwaltung (später Erster Stellvertretender Ministerpräsident) Dmitrij Medwedjew. Starke Teile der Eliten und der Öffentlichkeit setzten aber trotz Putins öffentlicher Absage eher auf eine dritte Amtszeit.

Im Sommer 2007 gab es – soweit von außen erkennbar – noch keine Klarheit über die Nachfolge. Nun gerieten Präsident und Regierung in Zeitnot. Die Dumawahlen im Dezember und die Präsidentenwahlen im März drängten. Es war notwendig, nach der Sommerpause rasch einen Kandidaten zu präsentieren, der in den verbleibenden sechs Monaten systematisch

zum Präsidenten aufgebaut werden konnte. Als Putin am 12. September einen neuen Ministerpräsidenten vorstellte, Viktor Subkow, einen hohen Beamten im Pensionsalter ohne politische Ambitionen, vermuteten viele Beobachter (darunter auch der Autor), dass dies der Interimsnachfolger sei, der nach einer angemessenen Frist seinen Platz wieder für Putin räumen werde. Indes erwies sich bald, dass dies ein Irrtum und die Situation keineswegs klar war.

Im Treibhaus Moskau kursierten Gerüchte mit immer neuen Varianten für die Nachfolgeregelung. Die allgemeine Nervosität war mit Händen zu greifen. Am 1. Oktober trat Putin immerhin etwas aus der Deckung, als er sich bereit erklärte, auf der Parteiliste von »Einiges Russland« für die Duma zu kandidieren und darüber hinaus andeutete, er könne sich vorstellen, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Damit machte er klar, dass er bereit war, auch nach dem Ende seiner Amtszeit eine politische Rolle zu spielen und in der Nachfolgekonstruktion einen Part zu übernehmen. Er nannte jedoch immer noch keinen Namen.

Kandidatenkür und Schattenspiele

In dieser politisch unklaren Situation berichteten die russischen Medien von einigen schwer durchschaubaren Vorgängen, in denen die Beobachter Manöver einzelner Elitengruppen vermuteten. Am 2. Oktober wurden am Flughafen Domodedowo hochgestellte Mitarbeiter des Föderalen Dienstes für Drogenkontrolle festgenommen. Dessen Leiter, Viktor Tscherkessow, reagierte darauf mit einem Artikel in der Zeitung »Kommersant«, in dem er vor einem Konflikt zwischen den Geheimdiensten warnte. Mitte November wurde der Stellvertretende Finanzminister Sergej Stortschak unter dem Vorwurf festgenommen, im Zusammenhang mit der Rückzahlung sowjetischer Schulden sein Amt missbraucht zu haben. Finanzminister Alexej Kudrin, ein Vertreter wirtschaftsliberaler Politik, stand indes zu seinem Stellvertreter. Ende November veröffentlichte der »Kommersant« dann ein Interview mit Oleg Schwarzman, dem Vorstandsmitglied der Gesellschaft »Finansgroup«, in dem dieser vergleichsweise offen über die geschäftlichen und wirtschaftspolitischen Pläne der Gruppe um Igor Setschin sprach, der als Führer der *silowiki* galt, und diesen damit kompromittierte. Diese »Schattenspiele« wurden als Signale interner Machtkämpfe gedeutet. Die Verhaftungen wurden als »Geiselnahmen« interpretiert, mit der Kräftegruppierungen jeweils andere unter Druck zu setzen versuchten. Wer hier agierte und welche Interessen die Gruppierungen im Einzelnen verfolgten, blieb jedoch im Dunkeln.

Am 2. Dezember entschied »Einiges Russland« die Dumawahlen erwartungsgemäß für sich und erreichte in der Duma eine Zweidrittelmehrheit. Zwei Wochen darauf, am 17. Dezember nominierte der Parteitag von

»Einiges Russland« Dmitrij Medwedjew zum Präsidentschaftskandidaten. Putin versicherte ihn nicht nur seiner Unterstützung, sondern erklärte auch seine Bereitschaft, unter einem Präsidenten Medwedjew das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Die politische Entscheidung war damit gefallen – das Modell, mit dem die Nachfolge stabilisiert werden sollte, stand fest. Der Wahlgang im März hatte nur noch legitimatorische Funktion.

Drei Punkte lassen sich festhalten:

- Die Nachfolge wurde in einem geschlossenen Verfahren entschieden. Der Präsident und sein engstes Umfeld wählten einen oder mehrere mögliche Kandidaten aus und stimmten sich mit den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Führungselite ab. Nachdem die politische Entscheidung intern gefallen war, erhielt der Nachfolger in einem als Wahl verkleideten Plebiszit die gesellschaftliche Legitimation.
- Der eigentliche Auswahlprozess vollzog sich im engsten Kreis und war weder transparent noch demokratisch. Wieweit Pressionen konkurrierender Apparate eine Bedeutung hatten, ist unbekannt. Bis heute fehlt eine plausible Begründung, warum sich Putin und seine Umgebung ausgerechnet für Medwedjew entschieden haben. Eine mögliche Erklärung wäre, dass die Führungselite erwartet, dass Medwedjew, der über keine eigene Hausmacht verfügt und auf Zusammenarbeit mit allen angewiesen ist, die Machtbalance der Putin-Ära nicht in Gefahr bringt. Auch für Putin geht von Medwedjew, der sein Geschöpf ist, kein Risiko aus. Danach wäre Medwedjew ein Kandidat des machtpolitischen *status quo*.
- Festhalten kann man auch, dass Putin bezüglich seiner Nachfolge zwar oft mit verdeckten Karten gespielt hat, jedoch stets zu seinen öffentlichen Aussagen gestanden hat. Von Anfang an hatte er eine dritte Amtszeit und die dafür notwendige Verfassungsänderung abgelehnt. Wie im Oktober 2007 angekündigt, übernahm er das Amt des Ministerpräsidenten unter einem jüngeren und weniger erfahrenen Präsidenten. Beide Aussagen Putins stießen seinerzeit bei politischen Beobachtern auf Unglauben – zu Unrecht, wie wir heute wissen. Insofern haben wir guten Grund, Putins Aussagen in Zukunft zum Nennwert zu nehmen.

Die Ausgestaltung der »Doppelspitze«

Die Kombination eines unerprobten Präsidenten ohne eigene Hausmacht mit dem starken Mann Russlands als Ministerpräsident ist ein Novum in der russischen Politik, die bisher stets auf eine Einmannleitung angelegt war. So ist auch die Verfassung von 1993 formuliert. Die politische Macht ist in der Hand des Präsidenten konzentriert. Er ernennt den Ministerpräsidenten

und die Minister. Er hat die Leitung bei den Kabinettsitzungen, die Regierung ist ihm verantwortlich, nicht dem Parlament. Der Präsident hat das Recht, die Regierung als Ganzes oder einzelne Minister zu entlassen. Er ist verantwortlich für die Außenpolitik und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Die Regierung führt die Finanz-, Wirtschafts-, Sozial-, Rechts- und Bildungspolitik, sie gewährleistet die Verteidigungs-, Sicherheits- und Außenpolitik. Es ist jedoch der Präsident, der die Politik bestimmt, die Regierung ist bloßes Ausführungsorgan. Zwar kann der Präsident durch das Parlament aus seinem Amt entfernt werden, doch muss zunächst das Verfassungsgericht in einem regulären Verfahren feststellen, dass er Landesverrat oder ein ähnlich schweres Verbrechen begangen hat. Ist dies der Fall, müssen beide Häuser des Parlaments seiner Ablösung mit Zweidrittelmehrheit zustimmen. Eine Ablösung ist also nicht einfach (vgl. auch Russland-Analyse 157).

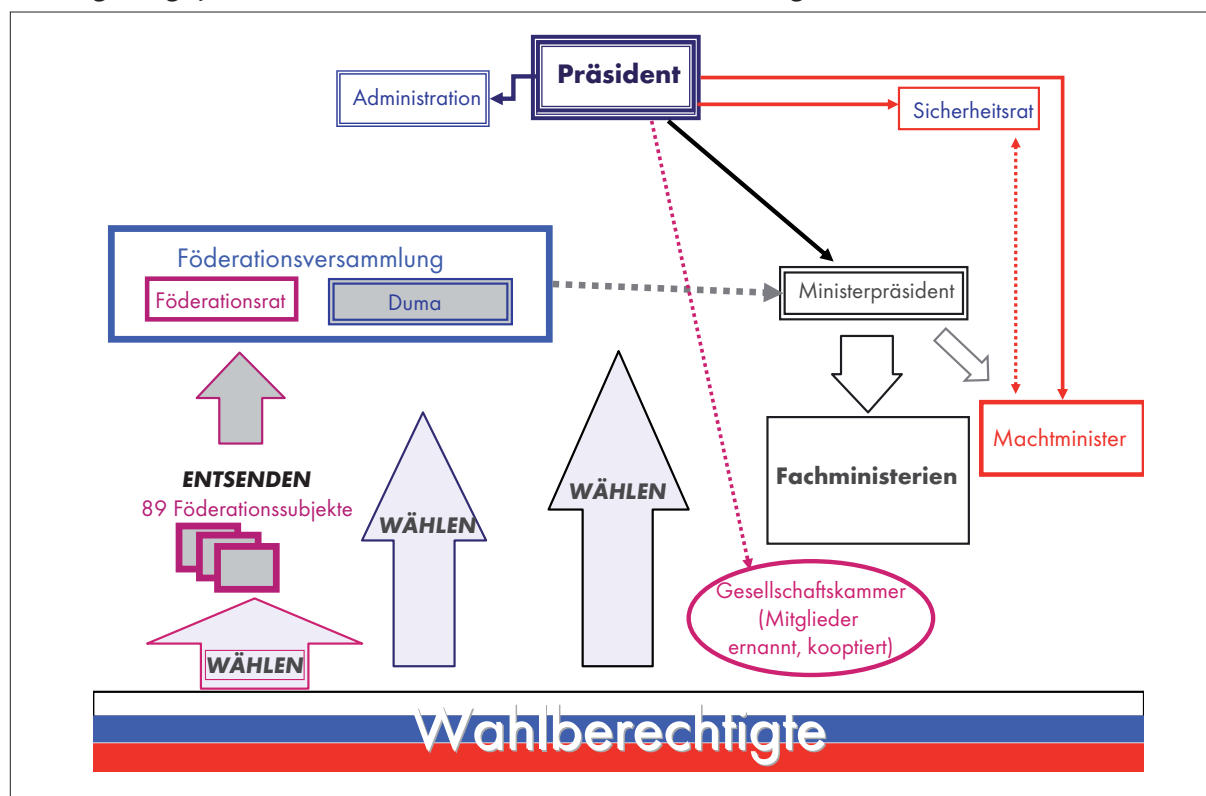
Die Verfassung stellt eine wichtige Machtressource für den Präsidenten dar, doch seine Stellung muss auch politisch abgestützt sein. Putin ist es im Laufe seiner acht Amtsjahre gelungen, in der Exekutive eine stabile Hausmacht aufzubauen und die Interessen der verschiedenen Gruppierungen in eine Balance zu bringen. Gleichzeitig konnte er – auch durch eine intelligente PR-Arbeit – das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen. Damit verfügt er neben den verfassungsmäßigen Instru-

menten auch über die Unterstützung der politischen Klasse und einen breiten Rückhalt in der Gesellschaft. Sein Nachfolger, Dmitrij Medwedjew, muss sich beides erst erwerben – durch politische Erfolge und durch intensive Propagandaarbeit. Die Anlaufschwäche des neuen Präsidenten dürfte der Grund dafür sein, dass Putin als Regierungschef in das Regime eingetreten ist. Ohne die Verbindung mit Putin wäre es wohl kaum möglich gewesen, für Medwedjew einen nennenswerten Anteil des Wahlvolks zu mobilisieren.

Die Politisierung des Premiers

Gewiss ergeben sich aus der Kombination eines schwachen Präsidenten mit einem starken Ministerpräsidenten in der Perspektive Probleme. Um diese zu minimieren ist vor allem eine klare Arbeitsteilung zwischen Präsident und Ministerpräsident notwendig. Diese ist im Prinzip von der Verfassung vorgegeben, wurde aber in den ersten Monaten des Jahres 2008 noch präzisiert. Unmittelbar nach dem Wahlsieg Medwedjews setzte man eine Arbeitsgruppe ein, die Vorschläge für eine neue Struktur der Exekutive ausarbeiten sollte. An ihrer Spitze stand mit Igor Schuwalow ein enger Mitarbeiter Putins, der u. a. Chefplaner für das G8-Treffen in Petersburg im Juli 2006 gewesen war und nach dem 12. Mai Erster Stellvertretender Ministerpräsident wurde. Im April brachte der Verfassungsausschuss der Duma ein Gesetz ein, das die Kompeten-

Das Regierungssystem der Russischen Föderation (nach der Verfassung von 1993, modifiziert 2001–2004)



zen des Ministerpräsidenten neu definierte. Darin wurden 500 der 3.000 Aufgaben, die in die Verantwortung des Kabinetts fallen, auf niedrigere Instanzen übertragen und so der Ministerpräsident von technischen Aufgaben entlastet.

Gleichzeitig unterzeichnete Putin noch als Präsident einen Erlass, mit dem drei neue Positionen im Apparat des Ministerpräsidenten geschaffen wurden: der Posten eines Leiters des Pressesekretariats, eines Chefs des Protokolls und eines Verantwortlichen für die Vorbereitung der öffentlichen Äußerungen des Ministerpräsidenten. Das Amt des Regierungschefs, das unter Fradkow und Subkow eher technisch-administrative Bedeutung gehabt hatte, wird unter Putin stärker politisiert. Auch die Übernahme des Vorsitzes der Partei »Einiges Russland« ist ein Schritt in diese Richtung. Die Rolle Putins soll für die Bürger wahrnehmbar bleiben. Das sichert Putin sein bisheriges hohes Ansehen, gibt ihm weiter Gewicht in der politischen Konstruktion der Doppelspitze und dient dabei auch der Legitimation der Tandemkonstruktion in der Öffentlichkeit.

All the President's Men

Die Zusammensetzung der Präsidialverwaltung und des Kabinetts, die Putin und Medwedjew am 12. Mai und an den folgenden Tagen bekanntgaben, demonstrierte politische Kontinuität, zeugte zugleich auch von dem Geschick der beiden Protagonisten im Ausbalancieren der verschiedenen Interessen. Der Kern des Kabinetts blieb erhalten: Die Ressorts Inneres, Auswärtige Politik, Finanzen, Bildung, Katastrophenschutz und die Wirtschaftsministerien, die allerdings teilweise neu zugeschnitten wurden, blieben in den bewährten Händen. Sergej Sobjanin, der Chef der Präsidialverwaltung, und Sergej Naryschkin, der Leiter des Regierungsapparats, tauschten die Plätze: Sobjanin ist nun für den Regierungsapparat verantwortlich, Naryschkin übernimmt unter Medwedjew die Leitung der Präsidialadministration. Seine Stellvertreter werden Alexej Gromow und Wladislaw Surkow, beide langgediente Mitarbeiter in Putins Apparat, der eine als sein Pressesprecher, der andere als genialer Dirigent von Wahlen, Parteien und Jugendorganisationen, Organisator der Putinschen Wahlerfolge zwischen 2000 und 2008 und Architekt der »souveränen Demokratie«. Sowohl die Regierung wie die Präsidialverwaltung verfügen damit über erfahrenes, kompetentes Personal.

Typisch für den rücksichtsvollen Umgang, den Putin auch mit Personen pflegt, die er aufs Abstellgleis schiebt, ist die Ernennung des bisherigen Ministerpräsidenten Viktor Subkow zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und die Sergej Iwanows, der lange als möglicher Präsidentschaftskandidat gehandelt worden war, zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Beide können also ihren Status nahezu halten,

wenngleich für sie keine wirklichen Funktionen mehr ausgewiesen werden. Dies zeugt zwar nicht von bürokratischer Effizienz, wohl aber von den Umgangsformen des inneren Zirkels, in dem niemand fallen gelassen wird, solange er nicht gegen die Regeln der »höfischen Gesellschaft« verstoßen hat.

Im Gegensatz zu Subkow und Iwanow haben Igor Schuwalow, Alexander Shukow und Alexej Kudrin mit Außenwirtschaft, nationalen Projekten und Staatsfinanzen echte Führungsaufgaben. Ein Fremdkörper in der Reihe der Stellvertretenden Ministerpräsidenten ist Igor Setschin, bisher die »graue Eminenz« der *silowiki* im Präsidialapparat. In seinen Verantwortungsbereich fallen Industrie, Energiewirtschaft, Bodenschätze und Energie. Damit hat er eine Schlüsselfunktion, ist aber nunmehr in eine Ministerverantwortung eingebunden.

Eine Bartholomäusnacht für die *silowiki*?

Putin und Medwedjew haben aber nicht nur Setschin umgesetzt und in das Kabinett eingebunden, sie haben die Riege der *silowiki* insgesamt neu aufgestellt. So verliert Viktor Iwanow, der neben Setschin als einflussreichste Figur unter den *silowiki* galt, seine Position im Präsidialapparat und wird anscheinend nicht mit einem hohen Regierungsamt abgefunden. Justizminister Ustinow wurde durch Alexander Konowalow ersetzt, der als Protegé Medwedjews gilt. Ustinow, der als Generalstaatsanwalt für die Chordokowskij-Affäre verantwortlich gewesen war, und dem man Ambitionen auf das Präsidentenamt nachgesagt hatte, wurde zum Präsidialbevollmächtigten im Südlichen Föderalbezirk ernannt und damit aus dem Zentrum der Macht entfernt.

Ein anderer starker Mann der *silowiki*, Nikolaj Patruschew, bisher Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, wurde ebenfalls abgelöst und zum Sekretär des Sicherheitsrates ernannt, unter Putin ein Posten ohne wirkliche Relevanz. Für Patruschews Vorgänger, Ruschajlo und Iwan Iwanow, war der Sicherheitsrat nicht mehr als eine Warthalle vor dem Ruhestand. Abgelöst wurde auch der Gegenspieler Patruschews, Viktor Tscherkessow, der Leiter des Föderalen Dienstes für Drogenkontrolle, der im Oktober den Konflikt zwischen den Sicherheitsapparaten öffentlich gemacht hatte. Tscherkessow wurde an die Spitze von *Rosoboronpostawka* versetzt, einer Behörde, die sich mit Rüstungszulieferungen befasst. Diese Versetzungen können als Quittung für die Moskauer Schattenspiele des Herbstes 2007 interpretiert werden. In diesen Zusammenhang gehört wohl auch, dass Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka sich anschickt, gegen einen Teil seiner eigenen Behörde, das »Untersuchungskomitee«, vorzugehen, das bisher seiner Aufsicht weitgehend entzogen und für die Verfolgung des Stellvertretenden Finanzministers und der hohen Beamten des Föderations-

len Dienstes für Drogenkontrolle verantwortlich war. Tschajkas Maßnahmen führten im April 2008 zur Entlassung führender Beamter des »Untersuchungskomitees«. Dies wurde in der Öffentlichkeit als Niederlage für die *silowiki* interpretiert.

Putins Rolle

Betrachtet man die Umschichtungen in den politischen Führungsapparaten, so erkennt man den Willen, personelle Kontinuität zu wahren, Störfaktoren aber zu entfernen. Der Kern des politischen Kaders bleibt offensichtlich erhalten, und man kann dies auch als Signal verstehen, dass kein Politikwechsel zu erwarten ist. Eine Reihe neu geschaffener Positionen haben anscheinend lediglich die Funktion, Politiker ohne Zukunft symbolisch abzufinden. Etwas komplizierter ist die Lage in den Machtapparaten. Die Entfernung von Patruschew und Tscherkessow ist wahrscheinlich eine Reaktion auf den halböffentlichen Machtkampf beider. Sie verschafft Medwedjew und Putin aber auch die Chance, zwei Führungspositionen konkurrierender Machtapparate – FSB und Antidrogenbehörde – neu zu besetzen. Setschin wiederum wird in das Putinsche Kabinett in verantwortlicher Position eingebunden, wird als Stellvertretender Ministerpräsident aber zu einer öffentlichen Figur – eine Rolle, der er sich bisher hartnäckig verweigert hat. Die Ablösung Ustinows und Viktor Iwanows schließlich könnte darauf hindeuten, dass in der Medwedjew-Administration die politische Rolle der Machtapparate zurückgeht.

Die Umschichtung des Führungspersonals ist bisher ohne erkennbaren Konflikt verlaufen. Präsident und Ministerpräsident arbeiten offenbar harmonisch zusammen. Gewiss ist Putin politisch der stärkere Partner in dem neuen Führungsgespann, während Medwedjew formal über alle Machtmittel verfügt. Medwedjew trägt aber offenbar Putins Bestrebungen mit, dem Ministerpräsidentenamt einen stärker politischen Charakter zu geben. Den Willen zur politischen Gestaltung zeigte der neue Regierungschef gleich nach seiner Bestätigung in der Duma. Nach der kurzen Einführung durch Präsident Medwedjew nahm Putin das Wort und formulierte ein Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode. Dies ist für russische Verhältnisse ungewöhnlich – weder Fradkow noch Subkow, Putins Vorgänger, haben etwas Derartiges gewagt. Die For-

mulierung politischer Ziele ist an sich die Prerogative des Präsidenten. Putin aber schöpft die Spielräume seines Amtes aus und erweitert sie, allerdings ohne seine Befugnisse zu überschreiten. So thematisierte er in seiner Antrittsrede nur wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen. Probleme der Außen- und Sicherheitspolitik berührte er nicht und machte damit auch deutlich, dass der Ministerpräsident Putin gewillt ist, sich im Rahmen seiner von der Verfassung definierten Aufgaben zu halten.

Gewiss ist das Nebeneinander von zwei Politikern, von denen der eine politisch, der andere institutionell stark ist, nicht unproblematisch. Hier ist strukturell ein Konflikt angelegt. Ob er notwendig ausbrechen muss, hängt von den Intentionen der beiden Hauptpersonen ab. Medwedjew ist vorläufig auf Putin angewiesen – er kann sein Amt nur ausfüllen, wenn Putin ihm den Rücken stärkt. Erst wenn seine Position konsolidiert und er in Gesellschaft und Eliten über eigenen (und nicht nur von seinem Vorgänger geliehenen) Rückhalt verfügt, wäre von seiner Seite ein Konflikt überhaupt denkbar. Putin wiederum hat vorläufig kein Interesse an der Destabilisierung seines Nachfolgers, den er gerade mit Mühe installiert hat. Dass er sich einer dritten Amtszeit und der Änderung der Verfassung verweigert hat, weist auch darauf hin, dass er unter gewissen Umständen bereit ist, auf persönliche Macht zu verzichten. Insofern sollte man den Gedanken zulassen, dass Putin vielleicht gar nicht danach strebt, in einigen Jahren in die Präsidentschaft zurückzukehren. In diesem Falle ginge es ihm vor allem um die Stabilisierung des politischen Systems.

Indes kann die aktuelle politische Konstellation durchaus langfristige strukturelle Folgen haben. Die praktische Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Präsident und Ministerpräsident, die sich bereits jetzt deutlich von der Praxis der letzten 16 Jahre unterscheidet, könnte langfristig Folgen für die Fortentwicklung des Systems haben. Das Amt des Ministerpräsidenten könnte an politischem Gewicht gewinnen und damit den Präsidenten zurückdrängen. Die Konkurrenz der Regierungsorgane könnte dem Parlament Spielraum verschaffen. Allerdings müsste auch die Duma an politischem Profil gewinnen, wenn sie eine solche Situation wirklich nutzen wollte.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

Literaturtipps

- Horst Teltschik: Russland braucht keine Belehrungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.05.2008, Nr. 106 / Seite 7.
- Center for Strategic and International Studies (CSIS): The Putin Succession: What's at Stake and What to Expect, Thursday, February 28, 2008, http://www.csis.org/media/csis/events/080228_csis_putin_succession.pdf, 18. März 2008
- Carnegie Endowment for International Peace: Russia after the Presidential Election: Major challenges and prospects for the future (Speaker: Nikolai Petrov), Friday, February 22, 2008, http://www.carnegieendowment.org/files/0222_transcript_petrovelections.pdf, 18. März 2008